

Bericht

des Sozialausschusses

betreffend ein modulares Ausbildungsprogramm, das Pflichtschulabgängerinnen und Pflichtschulabgänger den Zugang zu Pflegeberufen erleichtert

[L-2012-117235/6-XXVIII,
miterledigt [Beilage 431/2017](#)]

Die demografische Situation in Oberösterreich - sowie auch in anderen Bundesländern - wird sich in den kommenden Dekaden deutlich verändern. Ein wesentlicher Aspekt ist die stark ansteigende Zahl älterer Menschen und damit potenziell Betroffener von notwendigen Dienstleistungen im Pflegebereich. Berechnungen zur Bedarfs- und Entwicklungsplanung für die Altenpflege und -betreuung zeigen, dass die Zahl der in Oberösterreich pflege- und betreuungsbedürftigen Personen von derzeit rund 80.000 auf rund 113.000 im Jahr 2035 steigen wird.

Wie sich aktuell zeigt, wollen jedoch immer weniger Menschen eine Ausbildung im Bereich der Pflege und Betreuung beginnen bzw. besteht eine relativ hohe Ausfallsquote während der Ausbildung. Sinnvoll erscheint ua. vor diesem Hintergrund, die Ausbildung im Bereich der Pflege und Betreuung bereits ab der positiv abgeschlossenen neunten Schulstufe zu ermöglichen. Dadurch könnten junge, interessierte Menschen für einen Pflegeberuf gewonnen werden, die ansonsten durch das Mindestalter für den Beginn einer Pflegeausbildung von 17 Jahren für diesen Sektor verloren gehen. Die sogenannte "Ausbildungslücke" zwischen der Beendigung der Schulpflicht und dem 17. Lebensjahr kann damit überbrückt werden.

Auf Grund der hohen psychischen Belastung bei der Ausbildung in Alten- und Pflegeheimen ist auf den Entwicklungsgrad der Jugendlichen Bedacht zu nehmen und im Ausbildungsprogramm ein dauerhafter Kontakt mit Sterbenden zu vermeiden.

Es gibt jedenfalls eine Vielzahl von jungen, interessierten und engagierten Menschen, die sich eine Zukunftsperspektive im Bereich der Pflege und Betreuung wünschen. Für diese Personengruppe wäre aus Sicht der unterzeichneten Abgeordneten eine modulare Ausbildung geeignet, um einerseits die jungen Leute für die bedeutenden Berufe im Bereich der Pflege und Betreuung älterer Menschen nicht zu "verlieren", sie andererseits aber nicht zu früh den großen psychologischen Belastungen der Pflegeberufe auszusetzen.

Der Sozialausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, bei der Bundesregierung dafür einzutreten, dass eine in Modulen strukturierte Pflegeausbildung entwickelt wird, die es ermöglicht, sofort nach Beendigung der Schulpflicht mit einer Ausbildung im Bereich der Pflege und Betreuung beginnen zu können. Dabei soll ausdrücklich darauf geachtet werden, dass in der ersten Phase des Ausbildungsprogramms belastende Situationen (beispielsweise im Kontakt mit Sterbenden) vermieden werden und auf den Entwicklungsgrad der Jugendlichen Bedacht genommen wird.

Linz, am 24. Mai 2017

Peutlberger-Naderer
Obfrau

Dr. Hattmannsdorfer
Berichterstatter